Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 46. Fernruf B 5, Barbarossa 0914.
Postscheckkonto Berlin 65839 — Verantwortl. für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Bln.-Friedenau, Illstr. 2
Druck: Druckhaus Spandau, Inh. Rudolf Schmidt, Seegefelder Str. 35 — Erscheint monatl. zweimal. — Postbezug vierteljährlich RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0.20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 2 — J. v. W. g.

Nr. 3 **Berlin, den 1. Februar 1936** **17. Jahrgang**

Volkstumspolitik und Außenpolitik

Einige Tage vor der Rede des polnischen Außenministers (über die an anderer Stelle berichtet wird) hatte der Hauptvorstand des Bundes der Polen in Deutschland bekanntlich eine Mitteilung veröffentlicht, in der er die Behauptung aufstellte, daß sich trotz der Erklärungen des Führers die Lage des polnischen Volkssplitters in Deutschland im Laufe der letzten Jahre verschlechtert habe! Die staatspolnische Presse nahm diese Mitteilung zum Anlaß, um erneut heftige Angriffe gegen die Volkstumspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands zu richten. Ein Teil dieser Presse kündigte damals an, daß der polnische Außenminister in seiner bevorstehenden Rede vor dem Sejmausschuß auf diese Frage zurückkommen werde. So hieß es z. B. im „Kurjer Warszawski": „Wenn Kanzler Hitler es nicht für möglich gehalten hat, die Beschwerden unserer Landsleute anzuhören, so bleibt nichts anderes übrig, als ihn durch den Mund des Ministers Beck davon in Kenntnis zu setzen, der am 14. d. Mts. eine sehr gute Gelegenheit haben wird, den Reichskanzler daran zu erinnern, wie die polnische Regierung ihre vor einigen Jahren abgegebene Erklärung über die enge Gegenseitigkeit in der deutsch-polnischen Politik aufgefaßt hat." Eine entsprechende Ankündigung, daß Oberst Beck auf die Erklärung des Polenbundes eingehen werde, war damals auch in einigen Pariser Blättern zu finden. Oberst Beck hat diese Frage in seiner Rede vor dem Sejmausschuß jedoch nicht berührt. Er hat nur, im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Behandlung der Polen in der Tschechei, hervorgehoben, daß das Schicksal der Polen im Ausland der Oeffentlichkeit in Polen nicht gleichgültig sei. Der Polenbund hatte vielleicht etwas anderes erwartet.

Die Angelegenheit ist immerhin interessant. Es besteht ja die Möglichkeit, daß zwischen Deutschland und Polen einmal eine unmittelbare Aussprache über die Behandlung der beiderseitigen Volksgruppen stattfindet. Gesetzt den Fall, es käme dazu. Dann wäre es zunächst einmal notwendig, klarzustellen, für wen in einem solchen Falle die polnische Regierung der Reichsregierung gegenüber aufzutreten legitimiert wäre. Derartige Verhandlungen müßten von tatsächlichen Gegebenheiten ausgehen. Die Zahl von 1,2 oder gar 1,5 Millionen Polen in Deutschland, die die Polenbundpresse immer anzuführen beliebt, ist keine politische Realität. Sie ist das Phantasieprodukt von Leuten, die wichtiger genommen werden möchten, als es ihnen zukommt. Wenn es zwischen Deutschland und Polen zu entsprechenden Verhandlungen käme, dann müßte also erst einmal die wirkliche Zahl der Polen in Deutschland festgestellt werden. Das könnte durch die Errichtung eines Nationalkatasters geschehen. (Solange es ein solches nicht gibt, könnten sich die Verhandlungen nur auf die Mitglieder des Polenbundes beziehen.) Bei der Aufstellung eines Nationalkatasters wäre das allein anwendbare Kriterium der nationalen Zugehörigkeit das freie Bekenntnis des einzelnen. Es ist zu begrüßen, daß sich kürzlich auch die führende polnische Jugendzeitschrift in Deutschland, der „Mlody Polak w Niemczech", zu dieser Ansicht bekannt hat. Er schrieb in einem, in den Oppelner „Nowiny Codzienne" am 4. Oktober v. Js. wiedergegebenen Artikel wörtlich: „Angehöriger unserer Volksgesamtheit ist jeder Pole, der sich zum Polentum bekennt." Es liegt auf der Hand, daß sich etwaige Verhandlungen über die beiderseitigen Volksgruppen nicht auf solche Menschen beziehen könnten, die sich nicht zum Polentum bekennen. Man würde sie sonst zu etwas stempeln, was sie weder sind noch sein wollen. Uebrigens würden ja derartige Verhandlungen auch auf Gegenseitigkeit beruhen. Und es wäre wahrhaftig nicht schwer, mit sachlichen Ausführungen über mancherlei Mängel in der Lage der deutschen Volksgruppe in Polen einige Verhandlungstage zu füllen. Allein mit dem Namen Grazynski ist so viel Unrecht verbunden, das den deutschen Volksgenossen in Polen angetan worden ist und noch wird, daß es unmöglich ist, an die Aufrichtigkeit des Wunsches der Polenbundpresse zu glauben, die in hartnäckiger Wiederholung für die Polen in Deutschland dieselbe Behandlung fordert, wie sie den Deutschen in Polen zuteil wird.

Es ist interessant festzustellen, daß gerade in den letzten Wochen sowohl von deutscher wie von polnischer amtlicher Seite in bestimmten Fällen hervorgehoben worden ist, daß die Behandlung der eigenen Volkstumszugehörigen in fremden Staaten für die Gestaltung der politischen Beziehungen zu diesen Staaten nicht gleichgültig ist. Oberst Beck hat in seiner Rede der tschechischen Regierung klar zu machen versucht, daß das Verhältnis zwischen Polen und der Tschechei wesentlich durch die Behandlung der polnischen Volksgruppe im Teschener Schlesien beeinflußt wird. Einige Tage darauf ist der deutsche Gesandte in Riga, von Schack, beim lettländischen Staatspräsidenten und Außenminister Ulmanis vorstellig geworden, um ihn mit der gebotenen Schärfe darauf hinzuweisen, daß die um die Jahreswende erlassenen lettischen Wirtschaftsgesetze, die sich vorwiegend gegen den wirtschaftlichen und kulturellen Besitzstand der deutschen Volksgruppe richten, eine schwere Belastung der Beziehungen des Deutschen Reiches zu Lettland darstellen müssen. Zu dieser selben Frage hat sich Reichsaußenminister von Neurath einem Vertreter des „Niederdeutschen Beobachters" gegenüber u. a. folgendermaßen geäußert: „Die Ausgestaltung der politischen Beziehungen zu den baltischen Staaten wird erheblich beeinflußt von der Behandlung, die diese den in ihrem Gebiet ansässigen deutschen Volksteilen angedeihen lassen. Was unsere Beziehungen zu Lettland betrifft, so haben diese durch die am Jahresende erlassenen lettischen Gesetze eine schwere Belastung erfahren. Wenn wir auch durchaus Verständnis für die Bestrebungen der lettischen Regierung hinsichtlich einer Konsolidierung des Staates haben, so kann es

das deutsche Volk doch nicht mit Gleichmut hinnehmen, daß dieser Prozeß sich in erster Linie auf Kosten der deutschen Volksgruppe vollzieht. Es bleibt abzuwarten, ob diese Gesetze und ihre Durchführung eine völlige Lossagung Lettlands von seiner früher feierlich abgegebenen Erklärung bedeuten."

In der gleichen Unterredung hat sich der Reichsaußenminister auch über das Verhältnis Deutschlands zu Litauen geäußert: Die volle Achtung der im Memelstatut verankerten Autonomierechte der Memelländer werde immer die Voraussetzung für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Litauen sein, die Deutschland an sich begrüßt. Es sei in diesem Zusammenhang auch noch einmal an die wiederholten Erklärungen des Führers und Reichskanzlers zur Memelfrage erinnert. In diesen Erklärungen ist der Zusammenhang zwischen Volkstumspolitik und Außenpolitik mit restloser Deutlichkeit festgestellt und er ist, wie man weiß, auch in der Praxis konsequent beachtet worden: „. . . Wir haben daher keine Möglichkeit, solange es den verantwortlichen Garanten des Memelstatuts ihrerseits nicht möglich ist, Litauen zum Respekt der primitivsten Menschenrechte zurückzuführen, unsererseits mit diesem Staat irgendeinen Vertrag abzuschließen." Man sieht also, daß nicht nur Polen die Absicht hat, sondern auch Deutschland entschlossen ist, der Behandlung seiner Volkszugehörigen in fremden Staaten einen Einfluß auf seine Beziehungen zu diesen Staaten einzuräumen. In früheren Jahren ist es möglich gewesen, die deutschen Proteste gegen die Mißhandlung der deutschen Volksgruppen im Ausland mehr oder weniger unbeachtet zu lassen. Heute aber haben die Staaten, die glauben, die Vorstellungen von deutscher Seite noch unbeachtet lassen zu können, ein derartiges Verhalten mit wirtschaftlichen und politischen Nachteilen zu büßen. Das Deutsche Reich ist kein Faktor mehr, dessen berechtigte außen- oder auch volkspolitische Ansprüche jeder beliebige Emporkömmling ungestraft zurückweisen könnte. **Dr. K.**

Der Genfer Vorstoß gegen Danzig

Der Bericht des Kommissars

Seit zweiundeinhalb Jahren hat sich der Völkerbund kaum noch mit Danziger Fragen befaßt. Wenn auf der letzten Tagung des Völkerbundsrates Danziger Fragen wieder einmal im Vordergrund standen, so waren sie diesmal wesentlich anderer Art als in früheren Jahren. Früher war es fast ausschließlich Danzig, das sich mit Beschwerden über vertragswidrige Vorstöße Polens an den Völkerbund wandte, der sich damals im allgemeinen nur sehr widerwillig und übelgelaunt mit den Danziger Eingaben befaßte. Diesmal aber haben sich die dem Genfer Rate vorgelegten Beschwerden gegen Danzig, bzw. dessen Regierung gerichtet, und der Völkerbund hat sich mit einem verdächtigen Eifer auf sie gestürzt. Auf der Tagesordnung der letzten Ratssitzung haben ausschließlich innerdanziger Angelegenheiten gestanden: Der Rat hat sich noch einmal mit dem Gutachten des Haager Gerichtshofs über die Danziger Strafrechtsreform zu befassen gehabt. Die Danziger Opposition hat sich, nachdem das Danziger Oberverwaltungsgericht diese Frage bereits endgültig im Sinne des Senates entschieden hat, beim Völkerbund über die Volkstagswahlen vom April v. Js. beschwert. Den Hauptteil des in Genf zur Debatte stehenden Danziger Fragenkomplexes aber hat der Jahresbericht des derzeitigen Völkerbundskommissars Lester gebildet. Im Gegensatz zu den Berichten früherer Jahre hat sich dieser umfangreiche Bericht — von einigen Sätzen abgesehen, die in recht nebensächlicher Form das Verhältnis zwischen Danzig und Polen berührten — ausschließlich mit innerdanziger Vorgängen befaßt.

Lester, dessen Amtsperiode Anfang nächsten Jahres abläuft, fühlt sich berufen, das nationalsozialistische Regierungssystem in Danzig einer betont unfreundlichen Kritik zu unterziehen. U. a. behauptet er in seinem Bericht an den Rat, die letzten Volkstagswahlen seien unter „verfassungswidrigen" Gesetzen durchgeführt worden. Dem Senat wirft er vor, er habe die von ihm, dem Völkerbundskommissar, gegebenen Empfehlungen nicht genügend beachtet. Er findet, daß die oppositionellen Parteifunktionäre von der Danziger Regierung nicht höflich genug angefaßt worden seien. Vor allem aber paßt es ihm nicht, daß seiner Beobachtung nach die Danziger Regierungsmitglieder als Mitglieder der NSDAP parteipolitisch dem Gauleiter Forster unterstehen. Er ist der Meinung, daß sich ein solcher Zustand mit der Danziger Verfassung nicht vereinbaren lasse. Er nimmt Anstoß daran, daß die Danziger Behörden ihre Schreiben mit der allgemein üblichen Grußformel „Heil Hitler" versehen. U. s. f.

Lester ist in seinem Bericht zu dem Ergebnis gekommen, daß die ihm als Völkerbundskommissar gegenüber der Regierung der Freien Stadt zur Verfügung stehenden Mittel „unbefriedigend" seien; der Völkerbundsrat solle eine Untersuchungskommission für Danzig einsetzen. Lester hat also eine Ausweitung seiner Befugnisse in Danzig verlangt. Dazu ist zunächst einmal grundsätzlich festzustellen, daß er als Völkerbundskommissar in allererster Linie die Aufgabe hat, der Freien Stadt Danzig den Schutz zu gewähren, dessen diese gegenüber den oft und offen genug bekundeten Ansprüchen polnischer Kreise bedarf. Von dieser Aufgabe scheint Lester wenig zu halten. Er hat vielmehr den Ehrgeiz, in Danzig eine ähnliche Stellung einzunehmen, wie sie seinerzeit der berüchtigte Knox im Saargebiet innegehabt hat. Wie dieser sich auf die Statusquoler und deren französische Hintermänner gestützt hat, so stützt Lester sich auf die wenig ehrenvolle Liebe einiger oppositioneller Parteifunktionäre und auf das Wohlwollen gewisser fremder Diplomaten in Danzig, mit deren Hilfe er dort eine Art Nebenregierung aufrichten möchte.

Die Gründe, die Lester zu seinem Vorstoß gegen die Freie Stadt veranlaßt haben, sind nicht rein politischer, sondern z. T. auch persönlicher Art. Lester macht aus seiner persönlichen Abneigung, die er gegen den Gauleiter Forster und den Senatspräsidenten Greiser empfindet, auch in seinem Bericht an den Völkerbundsrat keinen Hehl. Sein gesellschaftliches Verhältnis zu den Danziger Regierungskreisen, die vielleicht das überspannte Geltungsbedürfnis des Völkerbundskommissars nicht genügend berücksichtigt haben, ist niemals ein besonders gutes gewesen. Die Schuld hieran hat in erster Linie bei Lester selber gelegen; es sei nur z. B. an das sehr merkwürdige Verhalten erinnert, das Lester seinerzeit beim Besuche des Kreuzers „Admiral Scheer" an den Tag gelegt hat, als er zu dem offiziellen Empfang, den er zu Ehren der reichsdeutschen Gäste gab, auch einige Vertreter der oppositionellen, staatsfeindlichen Parteien einlud und durch diese Taktlosigkeit die Mitglieder des Senates und die deutschen Offiziere zwang, sein Haus zu verlassen. Die oppositionellen Parteifunktionäre gehören ebenso wie gewisse Kreise, die in Danzig Gastrecht genießen, zu den ständigen Gästen des Lesterschen Hauses. Lester steht nicht mehr über dem Streit der innerpolitischen Meinungen Danzigs. Er ist in diesem Streit selber Partei.

Die Behandlung in Genf

Dem Völkerbund ist der Bericht, den Lester dem Rat vorgelegt hat, äußerst gelegen gekommen. Nach der kläglichen Rolle, die er in der abessinischen Frage gespielt hat, hat er offenbar das Bedürfnis gehabt, wieder einmal den starken Mann zu markieren. Hierzu hat er das kleine Danzig für das geeignete Objekt gehalten. Die „Daily Mail" hat schon recht, wenn sie schreibt: Was der Völkerbund als Danziger Krise ausgibt, das ist in Wirklichkeit eine Krise in seiner eigenen Maschinerie. Mit anderen Worten: die im Völkerbund maßgebenden Kräfte sind froh gewesen, eine Sache gefunden zu haben, mit der sich die erregten Gemüter vom abessinischen Konflikt ein wenig ab-

lenken ließen. Je weniger sie über Oel sprechen wollen, um so mehr reden sie über Danzig.

Der englische Außenminister Eden hat sich in Genf als Berichterstatter für die Danziger Fragen vor Lester gestellt. Man wird feststellen müssen, daß es ihm hierbei an jenem psychologischen Einfühlungsvermögen gefehlt hat, das die Behandlung innerdanziger Angelegenheiten erfordert. Als Angelsachse ist Eden gewohnt, in einer parteipolitischen Opposition eine Gruppe von Menschen zu sehen, die der jeweiligen Regierung an Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Wohl der Gesamtheit nicht nachsteht. Er übersieht den tiefen Unterschied, der zwischen „Seiner Majestät Opposition" in England und jenen Parteifunktionären der Opposition in Danzig besteht, denen weder die sachliche noch die moralische Befähigung eignet, die Danziger Geschicke zu leiten. Wer sich dieses Unterschiedes bewußt ist, wird ohne weiteres zugeben müssen, daß das Verhältnis einer verantwortungsbewußten Regierung zur Opposition in Danzig ein anderes als in England sein muß. Wenn eine gewisse Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Opposition in England nicht notwendig ist, so ist das noch lange kein ausreichender Grund, an eine „Verletzung geheiligter Menschenrechte" zu glauben, wenn der Danziger Senat eine derartige Beschränkung für geboten erachtet. Wenn die britische Regierung in ihrem Lande eine ebenso verantwortungslose Opposition gegen sich hätte, wie sie die nationalsozialistische Regierung in Danzig gegen sich hat, dann würde sie diese Opposition sehr wahrscheinlich nicht anders behandeln, als es mit Rücksicht auf die Sicherheit des Staates und die Erhaltung des Deutschtums in Danzig geschieht. Es wäre ganz gut, wenn Oberst Beck bei Gelegenheit dem englischen Außenminister noch einmal den Satz wiederholen würde, den er letzthin in seiner Sejmrede gebracht hat: „Wenn wir die internationale Politik und das Verhältnis zu den einzelnen Staaten nach Verfassungsdoktrinen regeln wollten, dann könnten wir schließlich in der ganzen Welt zu einer Art von ‚Religionskriegen' kommen."

Komplizierung des Danziger Problems

Die Atmosphäre war in Genf für Danzig von vornherein schlecht. Es kam den dort maßgebenden Mächten weniger auf eine Klarstellung des Tatbestandes, als auf eine Wiederherstellung des Prestiges des Völkerbundes an. Senatspräsident Greiser verstand es, trotz der ausgesprochen unfreundlichen und unsachlichen Einstellung, der er in Genf begegnete, die Wucht des gegen Danzig geplanten Stoßes abzufangen. Hier verdient eine Mitteilung des Senatspräsidenten Greiser Erwähnung: „Es liegt", so antwortete er auf eine dahingehende Frage, „meiner Ansicht nach durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die ersten Absichten der Genfer Faktoren wesentlich anders ausgesehen haben mögen, als man aus dem bekannt gewordenen Bericht Edens entnehmen kann. Der erste Bericht, der mir in Genf zu Gesicht kam und der aus dem Büro des Völkerbundssekretariats zu stammen schien, war in Form und Inhalt von einer Schärfe, die mir eine Annahme der dort enthaltenen Befehle und Aufträge verbot. Ich hätte es für unvereinbar mit der Souveränität Danzigs halten müssen, auch nur in eine ernsthafte Besprechung über die anfänglich anscheinend gehegten Pläne einzutreten. Ich habe den Genfer Faktoren auch nicht verschwiegen, daß ich in einem solchen Falle der ungeheuerlichen Zumutung mein Amt als Präsident der Freien Stadt hätte niederlegen müssen, und zwar mit der direkten Begründung, daß Genf die Arbeit einer aufbauwilligen Regierung durch sein Verhalten, wie es — ich betone noch einmal: ursprünglich — geplant war, unmöglich macht. Die von der Presse bereits erwogene Abreise wäre tatsächlich erfolgt, wenn die eingetretene Wendung ausgeblieben wäre."

In der auf Empfehlung Edens vom Völkerbundsrat gefaßten Entschließung wird der Senat der Freien Stadt aufgefordert, „ganz allgemein Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um in einem dem Geiste der Verfassung entsprechenden Sinne zu regieren". Im einzelnen hat sich der Senat bereit erklären müssen, seine in Anlehnung an das reichsdeutsche Vorbild durchgeführte Strafrechtsreform im Sinne des Haager Gerichtsentscheides vom 4. Dezember 1935 abzuändern und seine Verordnung über den Ehrenschutz der nationalen Verbände vom Oktober 1933 aufzuheben. Im übrigen hat sich die vom Senatspräsidenten angewandte Taktik als einigermaßen erfolgreich erwiesen: Die oppositionellen Parteifunktionäre haben mit leeren Händen aus Genf abziehen müssen. Die Frage der Neuwahlen zum Volkstag bleibt in der Schwebe. Die Entsendung einer „Untersuchungskommission" des Völkerbundes ist als untergeordnet zurückgestellt worden. Der Völkerbundskommissar hat keine formelle Erweiterung seiner Machtbefugnisse erhalten. Doch hat der Völkerbund das feindselige und unfaire Verhalten seines Kommissars gegenüber der nationalsozialistischen Regierung der Freien Stadt gedeckt und gutgeheißen. Er hat damit die Grundlage zu neuen Konflikten geschaffen. Es liegt auf der Hand, daß das Schnüffelregime des Kommissars auf die Danziger Bevölkerung ebenso aufreizend und verletzend wirken muß, wie seinerzeit die Tätigkeit der Entwaffnungskommissionen der Entente verbitternd und beleidigend auf das deutsche Volk gewirkt hat. Das Ergebnis ist eine Komplizierung des Danziger Problems und die Schaffung eines neuen politischen Zündstoffs in Europa. Es ist im Interesse des Friedens zu wünschen, daß bei einer Explosion des Pulverfasses, das der Völkerbund jetzt nach Danzig gesetzt hat, lediglich der Kommissar in die Luft fliegen wird.

Polens Einstellung zur Danziger Frage

Sehr bezeichnend ist die Haltung, die die polnische Regierung in dieser Frage einnimmt. Seit dem Rückzug, den sie im August v. Js. in der Frage der Guldenwährung antreten mußte, hat sie sich in der Danziger Angelegenheit ziemlich zurückhaltend gezeigt. Sie hat die Dinge auf sich zukommen lassen, aber zweifellos immer damit gerechnet, daß die vom Völkerbundskommissar geförderte Wühlarbeit der Danziger Opposition eines Tages eine für sie günstige Situation herbeiführen werde. Polen hat auch jetzt in Genf ein offenes Hervortreten gegen Danzig vermieden. Das hat es auch gar nicht nötig gehabt. Die in Genf herrschende schlechte Stimmung für Danzig kam ihm auch ohne eigenes Zugreifen zunutze. Es konnte den freundlichen Vermittler spielen und brauchte dabei nur zu nehmen, was ihm die anderen Staaten, die schließlich mit Danzig doch nichts Richtiges anzufangen wußten, selber hinreichten. In dieser Hinsicht sind folgende Sätze der Ratsentschließung bezeichnend: „Der Rat kann es im vollen Vertrauen dem Völkerbundskommissar überlassen, die Danziger Regierung bei der Durchführung der erwähnten Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen. Bei Erfüllung dieser Aufgabe wird der Kommissar sicherlich auf die Unterstützung und den Einfluß aller im Rat vertretenen Mächte rechnen können. In dieser Hinsicht kann der Rat insbesondere auf die Hilfe Polens rechnen, das besondere Interessen in der Freien Stadt hat." Es ist nicht klar, wie dieser letzte Satz zu verstehen ist. In Warschauer Kreisen erzählt man sich, der Völkerbundsrat habe gewisse Aufsichtsbefugnisse, die er sich gegenüber Danzig bisher selber vorbehalten habe, „vorläufig an Polen abgetreten". Wenn das zutreffen sollte, dann wäre der Genfer Versuch, Polen mit dem Danziger Köder von einem weiteren Ausbau seiner Beziehungen zu Deutschland wegzulocken, gelungen. Polen hat bisher stets geltend gemacht, daß es in Danzig nur wirtschaftliche Interessen verfolge. Die Ausübung eines irgendwie gearteten Aufsichtsrechtes über innerdanziger Angelegenheiten würde gewissen Zusagen, die von polnischer Seite im vergangenen Jahre gemacht worden sind, widersprechen. Es ist anzunehmen, daß man sich in Warschau darüber im klaren ist, daß ein Versuch, sich in innerpolitische Angelegenheiten der Freien Stadt einzumischen, eine sehr lebhafte Reaktion in Berlin hervorrufen müßte, — gleichgültig, ob ein solcher Eingriff „in eigener Sache" oder etwa „im Auftrag des Völkerbundes" geschähe.

Der Pakt: nüchtern und unromantisch

Es besteht heute eine Meinungsverschiedenheit mehr darüber, daß mit dem deutsch-polnischen Gewaltverzichtspakt, dessen Abschluß sich am 26. Januar zum zweiten Male jährte, mehr für die Erhaltung des europäischen Friedens getan worden ist, als durch irgendeinen anderen diplomatischen Akt seit dem Ende des Großen Krieges. Zwar werden von den oppositionellen Parteien in Polen auch heute noch immer wieder Einwände gegen den Pakt erhoben und Bedenken gegen die mit ihm eingeleitete außenpolitische Linie geäußert. Aber diese Einwände und Bedenken richten sich in der Hauptsache weniger gegen den Pakt an sich als gegen eine Annäherung Polens an Deutschland, die über den Tatbestand des vereinbarten Gewaltverzichtes hinausgeht. Auch die deutschfeindlich eingestellten Kreise in Polen wissen im allgemeinen die realen Vorteile, die der Pakt Polen gebracht hat, durchaus zu schätzen, und sie machen sich diese Vorteile in ihrer Propaganda sehr gerne zunutze. Sie wollen nur nicht, daß die deutsch-polnischen Beziehungen „zu einem Bündnis ausarten". Ihre Angst, daß das geschehen könnte, kann man als unbegründet bezeichnen. Der Abschluß eines Bündnisses setzt voraus, daß die daran beteiligten Partner sich über ein gemeinsames Vorgehen gegen Dritte einig geworden sind. Weder Deutschland noch Polen hat diese Absicht. Die Absicht des von ihnen abgeschlossenen Paktes ist vielmehr die, zu verhindern, daß sie miteinander in eine gewaltsame Auseinandersetzung geraten, von der nur Dritte einen Vorteil haben könnten.

Es hat in den vergangenen zwei Jahren nicht an Versuchen gefehlt, die Brücke zwischen Berlin und Warschau wieder zum Einsturz zu bringen. Polen ist wiederholt scharf unter Druck gesetzt worden. Paris hat Moskau gegen das selbständig gewordene Warschau auszuspielen versucht. Vielleicht hat der deutsch-polnische Pakt die Annäherung zwischen Frankreich und der Sowjetunion beschleunigt. Aber es ist sicher, daß ein Verzicht auf den Pakt diese Annäherung nicht zu verhindern vermocht hätte. Im Gegenteil hat der von Frankreich begünstigte Einbruch der Sowjetdiplomatie in Mitteleuropa die Richtigkeit und den Wert des Paktes mit Deutschland bestätigt. Je mehr die Politik Moskaus in Mitteleuropa, vor allem in Litauen und in der Tschechei, an Boden gewinnt, um so mehr müssen Deutschland sowohl wie Polen daran interessiert sein, an ihrer gemeinsamen Grenze keine neuen Gegensätze aufkommen zu lassen.

Die außenpolitische Zweckmäßigkeit des Paktes steht außer Frage. Es wäre aber leichtfertig, aus der Tatsache des Paktes, also eines Instrumentes der Außenpolitik zweier Staaten, darauf zu schließen, daß zwischen beiden Völkern bereits ein freundschaftliches Verhältnis besteht. Dazu sind im Denken und Fühlen des polnischen Volkes die Voraussetzungen nicht oder noch nicht gegeben. Die antideutschen Parolen, die die öffentliche Meinung Polens Jahrzehnte hindurch vergiftet haben, wirken fort und werden von einem recht einflußreichen Teil der polnischen Presse auch heute noch Tag für Tag wiederholt. Mißtrauen und Abneigung gegen Deutschland beherrschen weiteste Kreise des polnischen Volkes. Das ist kein Boden, auf dem eine freundschaftliche Gesinnung zu gedeihen vermag. Selbst wenn es anders wäre, bliebe es ein Irrtum, in der Politik von Freundschaft zu sprechen, sofern man unter Freundschaft die Bereitschaft zu selbstlosem Handeln versteht. Selbstlos sind die dogmentreuen polnischen Nationaldemokraten gegenüber Frankreich eingestellt: Sie sind bereit, unter allen Bedingungen mit Frankreich zu gehen, auch wenn die Interessen Polens darunter leiden. Und selbstlos waren die deutschen Polenschwärmer des Vormärz: Sie setzten sich für Polen ein, ohne danach zu fragen, ob Deutschland dabei etwas verliert. Die Erfahrung hat in beiden Fällen bewiesen, daß eine so verstandene Freundschaft den harten Notwendigkeiten des politischen Lebens auf die Dauer nicht standzuhalten vermag. Es ist zu wünschen, daß das deutsch-polnische Verhältnis, wie es durch den Pakt von 1934 geregelt worden ist, auf einer realeren und darum dauerhafteren Grundlage aufgebaut wird: Nüchtern und unromantisch, damit aber auch weniger dem Einfluß wechselnder Stimmungen unterworfen. Eine solche nüchterne Betrachtung der Dinge spricht aus folgenden Feststellungen der „Gazeta Polska" über den Pakt mit Deutschland: „Nichts hat sich im Verhältnis Polens zum Völkerbund geändert. Weder unser Bündnisvertrag mit Frankreich noch die Allianz mit Rumänien, weder die freundschaftlichen Verträge mit der Sowjetunion und ihren Nachbarn noch die Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten stehen in irgendeinem Gegensatz zu dem Berliner Vertrag, und dieser Vertrag steht auch in keinem Gegensatz zu jenen anderen Bindungen."

Polen droht mit Vergeltungsmaßnahmen

Der polnische Ministerrat hat am 14. Januar folgende Verordnung über den Schutz des polnischen Staates und seiner Bürger gegenüber den Maßnahmen anderer Staaten erlassen:

„Wenn ein fremder Staat

1. polnische Staatsangehörige schlechter behandelt als die Staatsangehörigen anderer fremder Staaten oder

2. den polnischen Staat oder seine Bürger bei der Verfügung über ihr Vermögen, das sich außerhalb der Grenzen der Republik Polen befindet, beschränkt und insbesondere die Erlangung ihrer Forderungen erschwert, oder

3. den polnischen Staatsangehörigen, die sich auf seinem Gebiet aufhalten, nicht den Rechtsschutz sichert, der allgemein von fremden Staaten gewährt wird, oder schließlich

4. in irgendeiner anderen Art auf Grund der von ihm erlassenen Rechtsvorschriften die materiellen Interessen des polnischen Staates oder seiner Bürger schädigt,

können Schutzmaßnahmen erlassen werden."

Es handelt sich um eine Rahmenverordnung, die zu ihrer Anwendung von Fall zu Fall besonderer Anordnungen der Regierung bedarf. In der Verordnung droht die polnische Regierung jedem Staat, der ihrer Meinung nach die Interessen des polnischen Staates oder seiner Bürger verletzt, Vergeltungsmaßnahmen an. Sie verspricht sich davon vielleicht eine abschreckende Wirkung. Aber Vergeltungsmaßnahmen sind eine gefährliche Angelegenheit; sie sind eine Antwort, auf die eine Rückantwort nicht auszubleiben pflegt. Von polnischer Regierungsseite ist versichert worden, daß die Verordnung nicht im Hinblick auf einen bestimmten Staat oder einen bestimmten Fall erlassen worden sei. Immerhin erläßt keine Regierung eine Verordnung, ohne sich etwas Bestimmtes dabei zu denken. Und so besteht für die Frage, gegen wen wohl die Verordnung zum ersten Mal angewendet werden wird, nicht nur in Polen, sondern auch im Ausland ein gewisses Interesse. Man könnte z. B. an Frankreich denken: Die polnischen Arbeiter, die sich dort aufhalten und deren schlechte Behandlung in Polen viel böses Blut gemacht hat, sind zumeist polnische Staatsangehörige; es wäre z. B. möglich, daß man in Warschau eine Verkoppelung der polnischen Arbeiterfrage in Frankreich mit der Angelegenheit des französischen Kapitals in Polen erwägt, nachdem diese beiden Dinge schon früher öfter miteinander in Verbindung gebracht worden sind. Man könnte aber auch an Italien denken: Die Beschlagnahme eines der beiden auf einer italienischen Werft erbauten Ozeandampfers zu Zwecken der italienischen Truppentransporte hat in Warschau verstimmt; auch ist man dort wegen der Bezahlung

der nach Italien gelieferten Waren einigermaßen in Sorge. Von einigen Seiten wird die Verordnung aber auch mit den deutschen Devisenschwierigkeiten in Verbindung gebracht: Es gibt eine ganze Anzahl polnischer Juden, die in der Systemzeit nach Deutschland gekommen waren, um hier ihre unsauberen Geschäfte zu machen, nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus aber, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit erworben zu haben, wieder in ihr „Vaterland" Polen zurückgekehrt sind und nun seit Jahr und Tag der polnischen Regierung damit in den Ohren liegen, daß sie die Zinsen ihres in Deutschland zurückgelassenen Vermögens, z. B. die Mieterlöse der von ihnen in Deutschland ergaunerten Häuser, nicht schnell genug überwiesen bekommen.

Der amtliche Kommentar zu der Verordnung, der von der polnischen Telegraphenagentur „Iskra" verbreitet wurde, läßt verschiedene Anwendungsabsichten erkennen. Es heißt darin u. a.: Es gebe Staaten, die eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit polnischer Staatsbürger nicht in Ansehung ihrer Staatsangehörigkeit, wohl aber in Ansehung ihres Wohnsitzes außerhalb der Grenzen des betreffenden Staates verfügten; ferner könnten die vom Völkerbund beschlossenen Sühnemaßnahmen dazu führen, daß der Staat, gegen den sie sich richten, Schutzmaßnahmen ergreife, auf die Polen auch seinerseits wieder antworten müsse. Im einzelnen, heißt es weiter, ließen sich alle möglicherweise eintretenden Fälle noch nicht voraussehen; da es aber notwendig sei, daß die Regierung in einem gegebenen Falle rasch handeln könne, sei eine entsprechende Ermächtigung des Ministerrates zweckmäßig gewesen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß über die Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen nicht etwa der Handelsminister oder der Finanzminister entscheidet, sondern daß hierzu ein Beschluß des ganzen Kabinettes notwendig ist. Damit wird eine leichtfertige Anordnung von Repressivmaßnahmen, wie sie z. B. im Juli v. Js. vom Warschauer Handelsminister während des Guldenstreites gegen Danzig ohne das Einvernehmen des Außenministers erfolgte, erschwert und die politische Bedeutung, die der Frage der Repressivmaßnahmen tatsächlich zukommt, unterstrichen. Man wird abwarten müssen.

„Die Sphinx hat gesprochen"

Mit Spannung hatte man in Polen und im Ausland wieder der schon seit Monaten angekündigten, aber mehrfach verschobenen Rede des polnischen Außenministers entgegengesehen. Es ist für die persönliche Unabhängigkeit des Obersten Beck von innerpolitischen Erregungszuständen bezeichnend, daß er sich durch das Kreuzfeuer der oppositionellen Parteien, dem er nach den Wahlen vom Herbst v. Js. ausgesetzt war, nicht dazu zwingen ließ, der Volksvertretung sofort Rede und Antwort zu stehen. Der Pressesturm glitt wirkungslos an ihm ab. Er sprach vor dem Sejm, als er es für richtig hielt: kurz vor seiner Abreise nach Genf. „Die Sphinx hat gesprochen", überschrieb die christlich-demokratische „Polonia" ihren Bericht über die Rede des Außenministers, von der sie, wie die meisten Blätter der Oppositionsparteien, natürlich enttäuscht war.

Im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über Polens Einstellung zum italienisch-abessinischen Konflikt, umriß Oberst Beck die Grenzen der polnischen Außenpolitik mit folgenden Worten: „Das Betreiben einer Politik von übermäßigem Ausmaß, die Neigung zur Intervention in Angelegenheiten, die den Kreis unserer Interessen und Möglichkeiten überschreiten, eine gewisse politische Allgegenwart erachte ich für eine nicht angezeigte Sache. Andererseits dürfen wir nicht vergessen, daß sowohl die geographische Lage wie das wohl allgemein anerkannte Gewicht unseres Staates im internationalen Leben uns nicht gestatten, augenblicklicher Bequemlichkeit zuliebe oder aus Opportunismus unterhalb jenes Niveaus herabzugehen, welches uns durch die Berechnung der lebendigen Kräfte im internationalen Leben angewiesen wird." Im weiteren Verlauf seiner Rede legte Oberst Beck ein mit einigen vorsichtigen Vorbehalten versehenes Bekenntnis zum Völkerbund ab: „... Ich will jetzt nicht darauf eingehen, ob der Völkerbundspakt gut oder schlecht ist, auch nicht Vermutungen aussprechen, ob er fortbestehen bleibt oder nicht, oder ob er vielleicht reformbedürftig ist. Ich bin der Meinung, daß, solange der Pakt durch eine ansehnliche Zahl von Staaten anerkannt wird, er für uns in demselben Grade verbindlich ist, wie für die anderen — nicht mehr und nicht weniger. In einer Zeitspanne großer Flüssigkeit aller Erscheinungen des internationalen Lebens kann unsere Regierung nicht ihre Hand anlegen zur Schwächung dieses Instrumentes internationaler Zusammenarbeit."

Unter Anspielung auf den seinerzeit von Barthou und Litwinow vorgeschlagenen, von Polen aber zurückgewiesenen Ostpakt, führte Oberst Beck u. a. aus: „Da der Universalismus des Völkerbundes versagt hat und eigentlich nie verwirklicht worden ist, ist es nicht zu verwundern, daß der Gedanke regionaler Organisationen in den heutigen politischen Erwägungen wieder und wieder auftaucht. Der Gedanke ist vielleicht sogar richtig. Wir müssen aber unsererseits ausdrücklich feststellen, daß es unsere Sache ist, genau zu bestimmen, was als Region polnischer Interessen anzusehen ist, und daß wir in dieser Hinsicht keine fertigen Rezepte entgegennehmen. Wer unsere Mitarbeit wünscht, muß sich mit uns verständigen ..."

Ueber die Beziehungen Polens zu den einzelnen Staaten hat sich Oberst Beck im allgemeinen nur kurz und sehr summarisch geäußert: „Mit Italien unterhalten wir die allerbesten, unmittelbaren Beziehungen, die sich auf alte Traditionen und auf aktuelles Verständnis der gegenseitigen Interessen stützen... Wenn ich von Großbritannien spreche, möchte ich feststellen, daß sich unser Verhältnis zu dieser Macht aufs allerbeste gestaltet, was sowohl in einer Reihe von Handlungen auf dem Genfer Boden zum Ausdruck kam, als auch in den sich günstig entwickelnden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern. Es erscheint mir auch als völlig unwahrscheinlich, daß zwischen Zielen der englischen Politik in Europa und den vitalen Interessen unserer Politik irgendeine Gegensätzlichkeit bestehen könnte ..."

Oberst Beck hob in seiner Rede weiter, ohne auf Einzelfragen einzugehen, die Bedeutung der Nichtangriffspakte mit Deutschland und Sowjetrußland hervor: „Meiner Ansicht nach muß man daran erinnern, daß bei den Nichtangriffspakten der Sowjetunion mit ihren westlichen Nachbarn Polen die entscheidende Rolle gespielt und dadurch erstmalig zur Schaffung von Grundsätzen eines dauernden friedlichen Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und Staaten anderer Organisation beigetragen hat. Wenn es aber um unsere Vereinbarung mit Deutschland vom Jahre 1934 geht, so hat die ganze Weltmeinung diesen Akt als eines der bedeutsamsten internationalen Ereignisse auf dem Wege zur Schaffung friedlichen Zusammenlebens im Nachkriegseuropa eingeschätzt."

Kritisch äußerte sich Oberst Beck über Litauen und sein Verhältnis zu Polen: „... Nicht überall natürlich haben wir die gleichen und ebenso befriedigenden Ergebnisse feststellen. Wir haben viele Nachbarn. Ich werde auf unsere beiden großen Nachbarn, den östlichen und den westlichen, sowie auf Rumänien, das unser Bundesgenosse ist, nicht mehr zurückkommen. Wir haben noch Lettland, mit welchem wir freundschaftliche Beziehungen, die sich günstig entwickeln, unterhalten. Wir haben weiter leider die allerwunderlichste Erscheinung nachbarlichen Daseins, nämlich Litauen, einen Nachbarn, der in bezug auf uns keine der nachbarschaftlichen Regeln anerkennt, die von zivilisierten Ländern angewendet

werden. Wir könnten dies als den Nullpunkt ansehen, wenn nicht der jüngst abgeschlossene Prozeß um den Mord an Minister Pieracki auf diese Angelegenheit neues schmerzliches Licht geworfen hätte. Aus den mir bisher bekannten Akten dieses Prozesses ist auf Grund von Dokumenten ersichtlich, daß ein ehemaliges Mitglied der litauischen Regierung tätigen Anteil an der Organisation und Finanzierung der terroristischen Aktion in Polen genommen hat. Ich werde nicht verfehlen, mich mit den Einzelheiten dieser Angelegenheit genau bekannt zu machen. Sollte es sich nämlich herausstellen, daß dies nicht eine Episode der Vergangenheit, sondern eine fortbestehende Aktion der litauischen Regierung ist, dann müßten wir Litauen als ein den Frieden gefährdendes Element erachten."

Zurückhaltend, aber zur Verständigung bereit, sprach Oberst Beck über das Verhältnis Polens zur Tschechei: „Die polnische öffentliche Meinung ist seit längerer Zeit beunruhigt durch die Behandlung der Polen in der uns benachbarten tschechoslowakischen Republik. Die Angelegenheit ist tatsächlich peinlich, und es ist begreiflich, daß angesichts der Anwendung von Schikanen gegen Polen außerhalb der polnischen Staatsgrenzen unsere öffentliche Meinung nicht gleichgültig bleiben kann und die Regierung immer mit diesem Faktor rechnen muß. Wir haben über dieses Thema eine diplomatische Korrespondenz mit Prag durchgeführt, gestützt auf die zwischen uns bestehenden Verträge, die uns berechtigen, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen. In dieser Korrespondenz gab ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß über die zwischen unseren Ländern bestehende Atmosphäre in erster Linie der tatsächliche Zustand entscheiden wird, nämlich die Behandlung der Polen in der Tschechoslowakei. Keinerlei künstliche Prozedur und keinerlei Diplomatisieren kann hier etwas helfen. Andererseits aber wird jede Bekundung des guten Willens der Prager Regierung von uns gebührend eingeschätzt werden und auf geradestem Wege zur Schaffung einer besseren nachbarlichen Atmosphäre beitragen."

Im wesentlichen hat Oberst Beck in seinem Exposé nichts Neues gesagt. Auf Einzelheiten der internationalen Beziehungen Polens ließ er sich, außer im Falle der Tschechei und Litauens, nicht ein. Auch die Aussprache über seine Rede war in dieser Hinsicht wenig ergiebig. Erwähnenswert sind allenfalls einige Sätze, die der Außenminister in seinem Schlußwort auf die Danziger Frage verwandte: Polen habe in der Freien Stadt seine Interessen und Rechte, von denen es nicht zurücktreten könne. Es habe allerdings auch kein Interesse daran, die Existenz der Freien Stadt und die Wirtschaft Danzigs zu zerstören. Die Freie Stadt sei wirtschaftlich an Polen gebunden, und Polen wolle nur, daß seine Rechte beachtet würden. Trotz der Verwicklungen müsse festgestellt werden, daß in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden seien, und es sei seine Pflicht, zu erklären, daß im Verhältnis zu früheren Jahren, da diese Fragen lediglich ein Objekt des politischen Spiels waren, eine gesündere Grundlage gefunden worden sei, auf der sich das Verständnis für die gegenseitigen Belange finden lasse.

Es fiel auf, daß Oberst Beck in seinem Exposé das polnische Verhältnis zu Frankreich nur indirekt erwähnte, indem er betonte, daß das polnisch-französische Bündnis durch den Pakt mit Deutschland nicht beeinträchtigt werde, und daß er auch im Laufe der Aussprache auf Frankreich nur nebenbei zu sprechen kam, indem er Lavals Versuche, im abessinisch-italienischen Konflikt Frieden zu stiften, mit ein paar liebenswürdigen Worten bedachte. Bemerkenswert war auch, daß der Außenminister es vorsichtig vermied, sich näher über das Verhältnis zu Sowjetrußland zu äußern, obwohl ihm der Abgeordnete Surzynski-Posen hierzu Gelegenheit gab. Der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, führte Surzynski u. a. aus, sei das erste reale Friedenswerk in Europa gewesen. Mit Bedauern sei jedoch festzustellen, daß das letzte Jahr nach einer kurzen Zeit der Entspannung eine bedenkliche Entwicklung aufweise. Es sei ein offenes Geheimnis, daß die Komintern eine erhöhte Aktivität entfalte, um eine Revolution in Polen hervorzurufen. Man könne die Entschließung des letzten Kominternkongresses und insbesondere die Ausführungen Dimitroffs nicht verschweigen, den faschistischen Polenstaat zu beseitigen und Galizien zu liquidieren, um die Räteherrschaft aufzurichten. Oberst Beck hat, wie gesagt, auf diese Anzapfung nicht reagiert, weder für noch gegen die Kritik des Abgeordneten Stellung genommen. Ebenso hat er sich gegenüber den Ausführungen Surzynskis zum deutsch-polnischen Gewaltverzichtspakt schweigend verhalten. Dieser Pakt, meinte der Abgeordnete, sei eine der wichtigsten Tatsachen in der fast tausendjährigen Geschichte Polens. Er habe nicht nur für die Partner ein überragendes Gewicht, sondern bei aufrichtiger Erfüllung stelle er die Grundlage für den Frieden Europas schlechthin dar. Er, Surzynski, glaube an die amtlichen Erklärungen des Führers des deutschen Volkes, Adolf Hitler, und erhoffe, daß sich auf Grund dieser Erklärungen die gegenseitigen Beziehungen gestalten mögen. Allerdings müsse gesagt werden, daß ein großer Teil des polnischen Volkes dem Pakt von 1934 Mißtrauen entgegenbringe. Das sei in der Erkenntnis der Geschichte begründet, und deshalb sei eine längere Zeit notwendig, um dieses Mißtrauen zu überwinden . . .

Kleinigkeiten aus dem Sejm

In der Sejmaussprache über die Haushalte der verschiedenen Ministerien wurden mancherlei interessante Mitteilungen über die Zustände und Verhältnisse in Polen gemacht. Aus den Reden der Minister und den Referaten der Berichterstatter seien einige Einzelheiten wiedergegeben:

Charakteristisch ist für die Lage auf dem Arbeitsmarkt die gleichzeitige Zunahme der Beschäftigten und der Arbeitslosen. Dieser scheinbare Widerspruch ist aus dem starken Nachdrängen der Arbeitslosen vom Lande in die Städte und aus dem stetigen Geburtenzuwachs zu erklären. In Polen nimmt die Zahl der Beschäftigungsuchenden alljährlich um etwa 400 000 zu. Mit diesem Zuwachs vermag die Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr nicht Schritt zu halten. Besonders schwierig gestaltet sich unter diesen Umständen die Lage der Jugend. Während es im Jahre 1935 in Polen im ganzen 1,9 Millionen Menschen im Alter von 16 bis 19 Jahren gegeben hat, wird es im Jahre 1941, wenn das bisherige Entwicklungstempo anhält, bereits 3,1 Millionen Menschen dieser Jahrgänge geben.

Polen besitzt eine viel zu geringe Zahl von Aerzten. Auf je 3000 Einwohner entfällt im Durchschnitt des Staates nur ein Arzt, während es in Oesterreich dreimal so viel und in Estland und Lettland zweimal so viel Aerzte im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer gibt. Besonders unzweckmäßig ist in Polen die räumliche Verteilung der Aerzte. In Warschau trifft z. B. schon auf je 514 Einwohner ein Arzt, während auf dem flachen Lande auf je 9000 Einwohner kaum ein Arzt entfällt.

Die Zahl der in Polen beschäftigten Ausländer beträgt nur 9558. Davon sind zwei Drittel bereits im Jahre 1921 in Polen tätig gewesen. Die mehrfach erhobene Forderung, diese Ausländer mit Rücksicht auf die Arbeitsmarktlage auszuweisen, muß von der Regierung unter Beachtung der Tatsache abgelehnt werden, daß auch sehr viele polnische Staatsangehörige im Auslande erwerbstätig sind. Die Entlastung des polnischen Arbeitsmarktes durch die Ausweisung der Ausländer würde sehr wahrscheinlich durch die hierdurch provozierten Gegenmaßnahmen der anderen Staaten mehr als aufgewogen werden.

Die polnische Staatspolizei besteht aus 774 Offizieren und 28 592 Mann; sie verfügt nur über 138 Autos, 154 Motorräder und 1435 Fahrräder. Das Grenzschutzkorps verfügt über 885 Offiziere und 25 421 Unteroffiziere und Soldaten. Die Kriminalität in Polen ist im Steigen begriffen. Noch stärker als die Zahl der Bandenüberfälle, der Fälle von Staatsverrat usw. ist die Zahl der Ausschreitungen, der Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt und öffentlicher Ruhestörung angewachsen. Ferner hat sich die Zahl der gemeinschaftlichen Vergehen, der ungesetzlichen Versammlungen, der Verbreitung verbotener Schriften usw., vermehrt. Die Tätigkeit der umstürzlerischen und terroristischen Organisationen hat an Umfang zugenommen. Besonders in den östlichen Gebietsteilen Polens wird in letzter Zeit in zunehmendem Maße die Organisierung von staatsfeindlichen Massendemonstrationen versucht.

Das polnische Gefängniswesen umfaßt 6 Besserungsanstalten und 333 Gefängnisse. Das gesamte Fassungsvermögen dieser 339 Anstalten betrug am 1. Dezember v. Js. 39 028 Personen. Besetzt aber waren die Gefängnisse an diesem Tage mit 59 560 Personen.

Die polnische Post arbeitet trotz niedriger Entlohnung ihrer Angestellten weit teurer als die Post fast aller west- und mitteleuropäischen Staaten. Ein Brief, der in Polen 25 Groschen kostet, wird bei Umrechnung des Kurses in Danzig zum Gegenwert von 15, in Frankreich, England und Deutschland zum Gegenwert von 17 Groschen befördert. In Polen entfallen auf jeden Einwohner im Jahr 21 Briefe, in der Schweiz dagegen 172, in Belgien 171, in Holland 132 usw. Nach der Zahl seiner Einwohner steht Polen in Europa an 6., nach der Zahl seiner Briefsachen und Telegramme aber an 26., nach der Zahl seiner Rundfunkteilnehmer an 19. Stelle.

Heftige Angriffe richtete der ukrainische Abgeordnete Celewicz aus Ostgalizien gegen die von dem Wojewoden Josefski ausgehaltenen „ukrainischen" Abgeordneten aus Wolhynien: „Man muß sich darüber klar sein, daß diese wolhynischen ‚Führer' nicht auf wolhynischem Boden aufgewachsen sind, daß sie vielmehr aus Gnade und Barmherzigkeit die polnische Staatsangehörigkeit erhalten haben und sich jetzt bemühen, dafür dankbar zu sein. Die Folge dieser Politik ist der gegenwärtige Stand der Dinge in Wolhynien, wo sich das Sektenwesen, die Gottlosenbewegung, das Banditentum und eine eigene Art von Kommunismus breit machen, da die Bevölkerung nicht zu positiver Aufbauarbeit zugelassen wird."

Die Trennungslinie im Regierungslager

Die Mitglieder der Oberstengruppe sagen, daß es eine solche Gruppe in Wirklichkeit garnicht gibt. Das trifft insofern zu, als diese Gruppe tatsächlich weder eine Partei, noch einen sonstwie organisatorisch fest umrissenen Personenkreis bildet. Sondern sie ist eben eine Gruppe von Politikern, die sich als alte Mitkämpfer und Vertraute des Marschalls für die allein wirklich berufenen Erben und Vollstrecker seines Willens halten und, als die Männer der „Ersten Brigade", mit einer gewissen Geringschätzung auf die „gleichgeschalteten" Pilsudskianhänger blicken, die sie spöttisch als die „Dritte Brigade" bezeichnen. Insofern ist also eine Oberstengruppe tatsächlich vorhanden, wenn sich der Kreis der Persönlichkeiten, der zu ihr gehört, auch nicht immer fest umreißen läßt.

Als im Herbst v. Js. die Regierungsumbildung erfolgte, begann sich der Unterschied zwischen der Oberstengruppe und der „Dritten Brigade" deutlicher bemerkbar zu machen. Die Oberstengruppe wurde aus ihrer bis dahin vorherrschenden Stellung verdrängt. Aber die entscheidende Position, das Außenministerium, wurde von ihr behauptet. Und an dieser Position mußte, wie sich schon nach wenigen Monaten zeigte, der Versuch, die Gruppe völlig auszuschalten, scheitern. In letzter Zeit wurden bereits wieder verschiedene wichtige Posten mit Männern dieser Gruppe besetzt. Aber der Gegensatz dauerte fort. Die Oeffentlichkeit erfuhr über die Meinungsverschiedenheiten, die hinter den Kulissen ausgetragen wurden, nur wenig. Sie war auf Vermutungen angewiesen, und sie neigte dazu, von einer Opposition der Oberstengruppe gegen die Regierung Koscialkowski zu sprechen.

Da erregte ein Artikel erhebliches Aufsehen, der kürzlich in der „Gazeta Polska" erschien, die sowohl das offizielle Regierungsblatt wie das Organ der Oberstengruppe ist. In dem Artikel wird eine gewisse Zermürbung in den führenden Kreisen des Regierungslagers festgestellt. Es gebe in diesem Lager Leute, welche die seit dem Maiumsturz von 1926 verfolgte politische Linie nicht mehr einhalten möchten. Nach der Meinung dieser Leute sei die Periode von 1926 bis 1935, also vom Maiumsturz bis zum Tode des Marschalls, eine „Ausnahmeperiode" gewesen, deren Bestand ganz und ausschließlich der Person Pilsudskis zu verdanken gewesen sei. Das „normale Polen" müsse nach der Ansicht dieser Leute ein anderes sein. „Aber was für eines?" fragte die „Gazeta Polska" und fügt hinzu: „Das einzige andere Polen, das wir aus Erfahrung kennen, ist das Polen aus der Zeit vor 1926 gewesen. Alle diejenigen, die an den dauernden Bestand des Nachmai-Polens nicht glauben, beginnen so zu sprechen und zu handeln, als ob das Vormai-Polen zurückkehren sollte . . ." Und hier, sagt die „Gazeta Polska", mache sich eine Trennungslinie bemerkbar. Nicht ein politisches Konzept, sondern der Glaube und der Charakter seies, der diese Trennungslinie ziehe. Auf der einen Seite ständen die Leute, die nicht zu glauben vermöchten, daß im Jahre 1926 das machtlose Polen für immer begraben wurde, und daß man das Land regieren könne, ohne dem Klassen- und Ständeegoismus zu schmeicheln; auf der anderen Seite aber ständen diejenigen, die daran glauben, daß man das von Pilsudski begonnene Werk fortführen könne. Die Trennungslinie zeichne sich heute noch nicht ganz deutlich ab. „Aber früher oder später werden sich auf der einen Seite der Barrikade alle diejenigen vorfinden, die das Nachmai-Polen liquidieren wollen, und auf der anderen diejenigen, welche gewillt sind, es zu festigen, zu stärken und weiter emporzuführen." Es nähere sich der Tag, wo jeder sein Gewissen werde befragen müssen, wo sein Platz ist: unter denen, die glauben, oder unter denen, die den Glauben verloren haben. „Wir werden uns dem Versuch", so schließt das Organ der Oberstengruppe seinen Artikel, „Polen in die Vormai-Zeit zurückzuführen, mit aller Entschlossenheit, deren wir fähig sind, widersetzen. Der Kampf mit uns wird nicht leicht sein. Für niemanden!"

Dieser Artikel ist eine nicht mißzuverstehende Warnung der Oberstengruppe an die Regierung Koscialkowski. Die Trennungslinie geht nicht durch die Massen des Volkes allein, sondern auch durch die Regierung selbst. Koscialkowski, Kwiatkowski und Gorecki machen die Oeffentlichkeit gegen die Oberstengruppe mobil, der ja auch ihr Ministerkollege Beck angehört; und die Oberstengruppe benutzt zu ihrer Kritik an Koscialkowski, Kwiatkowski und Gorecki das amtliche Regierungsorgan, die „Gazeta Polska", und die gleichfalls von Regierungsgeldern lebende Telegraphenagentur „Iskra". Eine sonderbare Lage. Mit ihrer baldigen Klärung ist freilich nicht zu rechnen. Es wird vielmehr versucht werden, die Spannung wie bisher zu überbrücken, um eine offene Krise des Regierungssystems, an der weder die Oberstengruppe noch die Kreise um Koscialkowski interessiert sind, zu verhindern. Koscialkowski hat vielleicht größeren Anhang. Aber die Oberstengruppe besitzt die stärkeren Persönlichkeiten.

Die oberschlesische Autonomie

In letzter Zeit beschäftigt sich die polnische Oeffentlichkeit wieder lebhafter mit der Frage der oberschlesischen Autonomie. Besonderes Interesse hat in dieser Beziehung die Haushaltsrede des Wojewoden Grazynski vor dem Schlesischen Teilgebietslandtag am 20. Januar d. Js. gefunden. Grazynski erklärte, daß er eine Abänderung des „Organischen Statuts", also des Autonomiegesetzes der Wojewodschaft Schlesien, für „unbedingt erforderlich" halte. Aus dem Gesetz müßten, wie er sich ausdrückte, alle den „Grundsätzen des staatlichen Interesses" widersprechenden „politischen Auswüchse" verschwinden. Das Gesetz sei „schlecht formuliert"; ein Teil seiner Bestimmungen stehe im Widerspruch zur neuen Verfassung, ein Teil sei veraltet. Das Gesetz müsse „den Interessen des Industriegebietes und den sozialen Anforderungen der Bevölkerung angepaßt" werden. Die ersten Schritte auf diesem Wege seien der dem Teilgebietslandtag vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die territoriale Neugliederung der Gemeinden und Landkreise, die Abänderung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden und die Angleichung der Schul- und Steuergesetze an das übrige Polen.

Grazynski gab im Jahre 1926, als er sein Amt in Kattowitz antrat, zwar die ausdrückliche Versicherung ab, daß er die Autonomie mit allen seinen Kräften verteidigen werde. Das wirkliche Ziel seiner Tätigkeit aber war — neben der radikalen Unterdrückung des oberschlesischen Deutschtums — immer die Beseitigung der Autonomie. Auch zu Beginn des vergangenen Jahres unternahm Grazynski einen Vorstoß gegen die autonomen Rechte der Wojewodschaft. Er machte damals, um seinen Absichten den gehörigen Nachdruck zu geben, die Straße mobil; in allen Städten Ostoberschlesiens fanden Kundgebungen der Grazynskianhänger statt, in denen Entschließungen gegen die Autonomie gefaßt wurden. Aber der Wojewode hatte damals noch mit einem lebhaften Widerstand der oppositionellen Parteien zu rechnen, die im Teilgebietslandtag gegenüber den Regierungsanhängern noch die Mehrheit besaßen. Die Christlichen Demokraten Korfantys setzten sich heftig zur Wehr. Sie erinnerten an das feierliche Versprechen der Autonomie, mit dem die polnischen Agitatoren während der Abstimmungszeit unter der oberschlesischen Bevölkerung auf Stimmenfang ausgingen. Und der damalige Sejmmarschall Wolny verwies im Schlesischen Teilgebietslandtag darauf, daß während der Verhandlungen über das Genfer Abkommen der polnische Unterhändler, Minister Olszewski, dem Präsidenten Calonder die verpflichtende Versicherung gegeben habe, daß Polen entschlossen sei, alle Rechte des ihm überantworteten Gebietes zu garantieren.

Inzwischen hat sich die politische Lage für Grazynski erheblich verbessert. Im Schlesischen Teilgebietslandtag verfügt der Regierungsblock (der sich in der Wojewodschaft Schlesien im Gegensatz zum übrigen Polen noch nicht aufgelöst hat) über die Mehrheit der Sitze. Die Widerstandskraft der oppositionellen Parteien scheint hier gebrochen zu sein. Grazynski sitzt am längeren Hebel. Die Deutschen sind aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet. Der Aufständischenverband scheint der einzige Faktor zu sein, mit dem Grazynski noch rechnet. Er hat in seiner Haushaltsrede die Verdienste dieses Verbandes „gebührend gewürdigt" und nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, daß für die Zwecke des Verbandes im Haushalt 100 000 Zloty bereitgestellt worden sind. Die Berechnung Grazynskis hat freilich einen erheblichen Fehler: Die augenblickliche Zusammensetzung des Landtags ist kein Spiegelbild der öffentlichen Meinung, am wenigsten in der Frage der Autonomie. In diesem Punkte sind die alteingesessenen Bewohner der Wojewodschaft empfindlich geblieben. Sie sind auf die Galizier und Kongreßpolen, die unter dem Grazynskiregime in Massen das oberschlesische Land überschwemmt und in erheblichem Maße zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben, niemals gut zu sprechen gewesen. Von einer Beseitigung der verbürgten Sonderrechte befürchten sie nicht ohne Grund eine weitere Ueberfremdung ihres Gebietes.

Ostland-Chronik

Polnische Propaganda in Deutschland

Auf dem Gebiete der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen hat sich im Laufe der letzten Monate manches ereignet. Auffällig ist dabei, daß die polnische Seite eine wesentlich stärkere Aktivität entfaltet als die deutsche, was darauf beruht, daß der polnischen Propaganda in Deutschland nicht dieselbe passive Haltung oder gar Ablehnung begegnet wie der deutschen Propaganda in Polen.

Man kann nun nicht in jedem Falle behaupten, daß die deutschen Stellen, die bei der Veranstaltung einer polnischen Ausstellung oder dergleichen als Partner oder Gastgeber auftreten, sich besonders geschickt zu benehmen verstehen: Insbesondere gibt hier die Tätigkeit des Deutsch-polnischen Instituts an der Berliner Lessinghochschule zu Beanstandungen Anlaß, sowohl in der Regie seiner Vortragstätigkeit wie auch letzthin wieder bei der Durchführung einer Ausstellung von Photos, Zeichnungen und Aquarellen nach Motiven polnischer Landschaften und Städte. In letzter Zeit hat auch eine polnische Kunstausstellung in Stettin stattgefunden. In Dresden wurde der Film „August der Starke" uraufgeführt, der sich als „deutsch-polnischer Gemeinschaftsfilm" bezeichnet, wobei sich die „Gemeinschaft" nicht nur auf die Herstellung, sondern auch darauf erstreckt, daß beide Seiten mit der Arbeit unzufrieden sind.

Vor einiger Zeit wurde in Berlin ein Kulturfilm der Ufa über das alte Krakau uraufgeführt. Der deutsche Charakter, den Krakau zu der Zeit trug, in der das architektonische Bild entstand, das dieser Stadt die Bezeichnung als einer „Königin der Städte Polens" eintrug, wird in diesem Film geflissentlich unterschlagen, damit man ja nicht erfährt, wie deutsch diese Stadt einmal war! Gleichzeitig mit diesem Kulturfilm wurde in Berlin ein von amtlicher Warschauer Seite zusammengestellter Film über das Leben Pilsudskis uraufgeführt; es handelt sich um eine Filmmontage, die ganz auf propagandistische Wirkung eingestellt ist und — wahrscheinlich aus Mangel an geeigneten Bildstreifen — vieles unberücksichtigt läßt und manches umdeutet. Während dieser polnische Propagandafilm in Deutschland gezeigt wird, wird zu gleicher Zeit aber in Polen die Vorführung des Reichsparteitagfilms „Der Triumph des Willens" in geschlossenen Veranstaltungen vor den Mitgliedern der deutschen Volksgruppe verboten. Im Warschauer Sejm wurde während der Aussprache über den Staatshaushalt mit Recht das gute Funktionieren der polnischen Auslandspropaganda bestätigt.

Furtwängler dirigierte in Polen

Das Orchester der Berliner Philharmonie hat im Januar unter Führung seines berühmten Dirigenten Furtwängler eine Konzertreise durch Polen unternommen, die nach Warschau und Posen führte. Die Veranstaltungen, die auch vom polnischen Rundfunk übernommen wurden, waren ein voller Erfolg. Die Bromberger „Deutsche Rundschau" stellte in diesem Zusammenhang fest, „daß die Wahlverwandtschaft des polnischen Kulturlebens mit dem deutschen Kulturkreis ihre stärksten Bindungen durch die deutsche Musik erhalten hat". Leider hat es auch bei diesem Anlaß einen leisen Mißton gegeben. Die Ansage über den Rundfunk erfolgte in polnischer und — französischer Sprache. Man darf wohl sagen, daß

ein klein wenig mehr Takt den polnischen Rundfunk dazu hätte veranlassen können, sich bei der Ansage eines deutschen Konzertes der deutschen Sprache zu bedienen. Daß das vermieden wurde, kann keineswegs an dem Mangel eines der deutschen Sprache kundigen Ansagers gelegen haben; auch trifft es keineswegs zu, daß die deutsche Sprache in Polen weniger als die französische verbreitet ist. Man sieht eben, daß die sprichwörtliche polnische Höflichkeit auch dort, wo es sich um künstlerische Dinge handelt, unter gewissen Beklemmungen leidet. Man kann darüber nur lächeln. Nebenbei bemerkt, sagt der Reichssender Stuttgart schon seit langem seine Konzerte, selbst wenn es sich nicht um Veranstaltungen polnischer Gäste handelt, u. a. auch in polnischer Sprache an.

Die Ortsnamen

Gelegentlich regen sich die Blätter des Polenbundes darüber auf, daß hin und wieder ein Dorf im östlichen Deutschland statt seines bisherigen slawischen einen deutschen Namen erhält. Auch Smogorzewski hat sich letzthin in einem Artikel in der amtlichen „Gazeta Polska" von dieser Erregung anstecken lassen. Den Ortsnamenänderungen liegt nach dem in Deutschland geltenden Verfahren der Wunsch der Bevölkerung zugrunde. Es ist nur allzu verständlich, daß in der Bevölkerung der Wunsch, fremdklingende Ortsnamen abzuändern, um so stärker wird, je mehr die feindliche Propaganda bestrebt ist, aus den undeutsch klingenden Namen falsche Rückschlüsse auf die Volkszugehörigkeit der Ortsbewohner zu ziehen. Wenn man die aufgeregten Kommentare zu derartigen gelegentlichen Ortsnamenänderungen in den polnischen Zeitungen liest, könnte man meinen, daß einem Polen nichts ferner läge, als an der Existenz deutscher Ortsnamen in Polen Anstoß zu nehmen. Wie es sich in dieser Beziehung wirklich verhält, geht wieder einmal aus einer im „Ilustrowany Kurjer Codzienne", der größten Zeitung Polens, am 15. Januar veröffentlichten Zuschrift hervor. Dort beschwert sich jemand darüber, daß es in Galizien heute, 17 Jahre nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates, noch deutsche Ortsnamen gibt: Man finde dort Namen wie „Barwaldy" und „Mühlbachy", „Ernsdorfy" und „Dornfeldy", Kaltwasser und Dutzende andere. Diese deutschen Dörfer heißen natürlich Bärwald, Mühlbach, Ernsdorf, Dornfeld usw. und sie sind auch nicht, wie der schlecht unterrichtete polnische Verfasser behauptet, zur Zeit Josefs II. „umgetauft" worden, sondern es handelt sich hier um Namen von Dörfern, die von deutschen Kolonisten auf damals noch ungerodetem und unkultiviertem Boden, auf dem es noch keine slawischen Siedlungen gab, angelegt wurden. Ebenso fällt es dem polnischen Verfasser auf die Nerven, daß es im abgetrennten Gebiet Westpreußens noch Ortsnamen, wie „Rozgarty", „Szynwald" usw. gibt (womit natürlich Roßgarten, Schönwalde usw. gemeint sind). Er ist der Meinung, daß das „Gefühl der nationalen Würde und das Bedürfnis, das frühere Unrecht und die Benachteiligung durch die Eroberer wiedergutzumachen", die Beseitigung der deutschen Ortsnamen verlange. Denn, so heißt es weiter, „unsere Nachlässigkeit stärkt die eroberischen Instinkte, da sie als Erscheinung der Schwäche gedeutet wird". Na also . . .

Es ist unglaublich

Vor einiger Zeit fand in Thorn ein Beleidigungsprozeß statt, den der Inspektor für das Bildungswesen im Kreise Berent, Dr. Czesław Skopowski, gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Slowo Pomorskie" angestrengt hatte, weil dieser ihn mit verächtlichem Ton als „Kulturträger" bezeichnet hatte. Der „Dziennik Bydgoski" brachte über die Gerichtsverhandlung voller Entrüstung einen Bericht, in dem es u. a. heißt: „Es ist unglaublich, was da geschehen ist! Dr. Skopowski leitete in Berent einen vierwöchigen Vortragszyklus für Lehrer. Dieser Pädagoge hat es dabei fertig gebracht, von den Kaschuben, von denen wir alle wissen, daß sie das Rückgrat des Polentums in Pommerellen und die Garanten des polnischen Zugangs zum Meere sind, öffentlich zu sagen, daß sie zunächst einmal Katholiken, dann Kaschuben und dann erst Polen sind. Weiter hat er gesagt, daß der Ausdruck ‚Du Pole' in der Kaschubei als Schimpfwort gilt." — Es ist wirklich unglaublich . . .

Amtsenthebung eines deutschen Schulleiters

Der Leiter des Deutschen Privatgymnasiums in Tarnowitz (Ostoberschlesien), Direktor Klemenz, wurde durch Verfügung der Wojewodschaft seines Amtes enthoben. Jedoch wurde ihm die Erlaubnis, an der Anstalt weiterhin Unterricht zu erteilen, gelassen. Von der Wojewodschaft wurde die Amtsenthebung damit begründet, daß Direktor Klemenz es zugelassen habe, daß unter den Schülern seiner Anstalt ein Wanderbund bestehe, der unter dem Einfluß von der Schule fernstehenden Leuten stände. Direktor Klemenz hatte die Wandergruppe bereits im Dezember v. Js. von sich aus aufgelöst und sein Verhalten in einem an die Wojewodschaft gerichteten Schreiben gerechtfertigt. Zu seinem Nachfolger wurde Prof. Fischer ernannt.

Neue tschechische Schikanen gegen die Teschener Polen

Am 24. Januar wurde das Gebäude des polnischen Hotels „Polonia" in Tschechisch-Teschen von einer starken Gendarmerieabteilung umstellt und einer eingehenden Durchsuchung unterzogen. Vor allem durchsuchte die tschechische Gendarmerie die Räume des Polnischen Schulvereins; sie wandte ihre Aufmerksamkeit aber auch den Räumen der anderen im Hotel untergebrachten polnischen Vereine zu, wie des polnischen Feuerwehrverbandes, des Pfadfinderbundes usw. Sämtliche Bücher und der gesamte Schriftwechsel wurden durchstöbert. Alle im Hause anwesenden Personen wurden von Kopf bis Fuß durchsucht. Vier Personen wurden verhaftet. Von tschechischer Seite wurde die Untersuchung damit begründet, daß die Gendarmerie einem Bund polnischer Verschwörer auf die Spur gekommen sei, der seinen Sitz im Hotel „Polonia" haben soll. — Für das Mißtrauen, mit dem die tschechischen Behörden jeder Regung polnisch-nationalen Lebens innerhalb der Grenzen ihres Staates gegenüberstehen, ist auch ein anderer Vorfall, der sich in Mährisch-Ostrau am gleichen Tage ereignete, bezeichnend. Dort wurde ein Beamter des polnischen Konsulates, der sich als diplomatischer Kurier auf dem Wege zur polnischen Gesandtschaft in Prag befand, von der tschechischen Gendarmerie verhaftet und erst nach einiger Zeit auf Anordnung einer höheren tschechischen Polizeistelle wieder freigelassen. Der Polizeidirektor von Mährisch-Ostrau hat sich wegen dieses Vorfalles beim polnischen Konsul entschuldigt.

Peinliche Verwechslung in Wien

Auf der Ringstraße in Wien spazierten dieser Tage zur Freude vieler und zum Entsetzen einiger weniger zwei Sportler, die auf ihren Hemden große Hakenkreuze mit einem Tannenzweig verziert trugen. Einer der übereifrigsten „Vaterländischen" machte einen Wachtmann auf dieses infame Verbrechen aufmerksam. Der Wachtmann brachte die beiden Provokateure, die absolut nicht deutsch verstehen wollten, auf das Polizeikommissariat, wo sich bald der mysteriöse Fall aufklärte. Die beiden Missetäter entpuppten sich nämlich als polnische Pfadfinder, die dem Tatragau angehören und ähnlich wie die Gebirgsschützen auf ihren Hemden Hakenkreuze mit einem Tannenzweig tragen.

Die Loyalität der Undo

Es hat in Polen starke Beachtung gefunden, daß die ukrainischen Vertreter im Warschauer Sejm zum ersten Mal seit dem Bestehen des polnischen Staates für den polnischen Heereshaushalt gestimmt haben. Der der Undo angehörende ukrainische Abgeordnete Celewicz begründete diese Zustimmung damit, daß „eine starke und gut ausgerüstete polnische Armee im Interesse der ukrainischen Nation liege". Die amtliche „Gazeta Polska" unterstrich die Bedeutung dieser ukrainischen Stellungnahme u. a. mit folgenden Worten: „Solche Tatsachen vergißt man nicht. Man muß sie ehrlich abschätzen und anerkennen, daß sie die Verpflichtung zur Loyalität nicht nur der Seite auferlegt, die diese Erklärung abgibt, sondern auch derjenigen, die sie empfängt". Dann aber, als ob es schon zu viel gesagt hätte, schwenkt das polnische Regierungsblatt sofort wieder ein:

Polen warte nun auf die Taten, die diesen Worten folgen werden. Also hält das Blatt von der Erklärung Celewiczs im Grunde doch wohl nicht so viel? Oder es sieht in der Erklärung zum mindesten keinen Grund, den Ukrainern zu danken. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit an eine entsprechende, noch weiter gehende Loyalitätserklärung, die vor einigen Jahren einmal einer der damaligen Abgeordneten der deutschen Volksgruppe abgab. Es war das wohl das einzige Mal, daß ein Sprecher der deutschen Volksgruppe im polnischen Sejm offenen Beifall bei den polnischen Abgeordneten fand. An der Lage der deutschen Volksgruppe aber hatte auch diese Versicherung unbedingter Staatstreue nichts zu ändern vermocht.

Kommunisten wühlen in Polen

Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Kommunisten wühlen in Polen" einen sehr bemerkenswerten Bericht ihres Warschauer Vertreters über die in letzter Zeit wieder stärker in Erscheinung tretende Wühlarbeit der Kommunisten in Polen. In dem Bericht heißt es u. a.: „Im Haushaltsausschuß des Sejms hat sich in den letzten Tagen der polnische Minister des Innern in einer Rede zu seinem Haushalt sehr besorgt über die wieder wachsende kommunistische Bewegung in Polen geäußert. Im Sommer des Vorjahres glaubte der jetzige Ministerpräsident die Kommunistische Partei Polens (KPP) nach einem großangelegten Feldzug der Polizei gegen ihre illegalen Organisationen für vorläufig lahmgelegt erklären zu können. Aber jetzt teilt der Minister des Innern mit, daß die illegale Tätigkeit der Kommunisten in den letzten Monaten wieder ungewöhnlich stark gewesen ist. In den letzten Wochen sind allein in Warschau annähernd ein Dutzend Gewerkschaftsversammlungen ausgehoben worden, die nach der Darstellung der Polizei in Wahrheit kommunistische Versammlungen gewesen sind. Die Lokale dieser Gewerkschaften wurden geschlossen und Hunderte ihrer Mitglieder verhaftet. Aber beinahe in jeder Nacht werden in den Arbeiter- und Judenvierteln Transparente und Plakate mit kommunistischen Schlagworten und Aufrufen angeklebt oder an den Leitungsdrähten der Straßenbahn aufgehängt. Seit Neujahr ist beinahe kein Tag vergangen, an dem nicht in Polen ein Kommunistenprozeß eröffnet oder abgeschlossen wurde. Im Rahmen der Komintern spielt die KPP durchaus nicht die geringste Rolle. In der letzten Zeit hat sich der neue Führer der Komintern, Dimitroff, der KPP besonders angenommen, und in Polen hat man Aufrufe zu Gesicht bekommen, in denen Dimitroff und die Führer der KPP zum Sturz des faschistischen Regimes in Polen auffordern."

Mord in Wilna

Der Sitzungssaal des Wilnaer Bezirksgerichts war am 27. Januar der Schauplatz eines verbrecherischen Anschlags auf einen Zeugen, der im Prozeß gegen 17 der Vorbereitung des Hochverrats beschuldigte Kommunisten vernommen wurde. Während der Vernehmung dieses Zeugen erhob sich plötzlich ein Mann von einer der Zuschauerbänke, ging auf den Zeugen zu und feuerte hintereinander vier Schüsse aus einem Revolver auf ihn ab. Der Zeuge stürzte getroffen zu Boden, erhob sich aber wieder und rief: Es lebe Polen! Darauf sank er erneut zusammen. Der Täter versuchte, die allgemeine Verwirrung zu benutzen und zu fliehen. Er wurde jedoch von Polizeibeamten verfolgt. Auf der Treppe wandte er sich plötzlich um und schoß auf seine Verfolger, ohne aber zu treffen. Die Beamten erwiderten das Feuer; sie brachten dem Täter eine schwere Verletzung bei, so daß er ebenso wie der angeschossene Zeuge ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die jüdischen Studenten

Der „Kurjer Poznanski" veröffentlichte am 19. Januar eine Uebersicht über die Zahl der an den Hochschulen Polens studierenden Juden. Es muß vorausgeschickt werden, daß es sich hierbei nur um die mosaischen Juden handelt, während die getauften Juden in der Statistik nicht berücksichtigt worden sind. Demnach hat es im Lehrjahr 1933/34 an den 24 Hochschulen Polens unter im ganzen 49 599 Studierenden 8 425 mosaische Juden gegeben; das sind 17 v. H. Zu den von den Juden bevorzugten Studienfächern gehören, wie das auch in anderen Ländern der Fall ist, Rechtswissenschaft und Medizin. Hoch ist der jüdische Anteil auch an den Journalistenhochschulen, an denen auch vorwiegend jüdische Dozenten tätig sind. Schwach sind dagegen die Handelshochschulen von den Juden besucht. Unter den einzelnen Hochschulen ist die Freie Hochschule in Warschau am stärksten verjudet; deren Studenten bestehen fast zur Hälfte aus Juden. Besonders stark sind auch die Universitäten Wilna, Lemberg, Warschau und Krakau jüdisch verseucht. Am reinsten hat sich immer noch die Universität Posen gehalten; doch ist auch hier die Zahl der Juden im Steigen begriffen: im Lehrjahr 1924/25 nur 17, 1933/34 schon 77, 1934/35 schon 86 und gegenwärtig über 100 Juden.

Das polnische Schulwesen in Danzig

Das polnische Schulwesen auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig hat sich im vergangenen Jahre dank der entgegenkommenden Haltung der Danziger Schulverwaltung erheblich entwickelt. Das nach Marschall Pilsudski benannte polnische Gymnasium in Danzig wird z. Zt. von 550 Schülern und Schülerinnen besucht. Die Zahl der Schüler der polnischen Handelsschule stieg im vergangenen Jahr von 184 auf 216. Außerdem gibt es in der Stadt Danzig sowie in sechs anderen Orten des Freistaatsgebietes polnische Volksschulen, die insgesamt z. Zt. von 711 Schülern besucht werden. Das sind 33 mehr als im vergangenen Jahr. Auch die Zahl der Kinder, die in den 18 polnischen Kindergärten des Freistaatsgebietes untergebracht sind, ist gestiegen, und zwar von 602 auf 712. Nur die reichliche Hälfte der diese polnischen Anstalten besuchenden Kinder besitzt die Danziger Staatsangehörigkeit. Die übrigen sind Kinder polnischer Staatsangehöriger, die in Danzig erwerbstätig sind, vor allem bei der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig angestellt sind. Es ist bekannt, daß von polnischer Seite immer wieder, und z. T. auch mit Erfolg, versucht worden ist, auch die Kinder deutscher Eltern, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von polnischen Stellen, vor allem der Eisenbahndirektion, befinden, in die polnischen Schulen zu ziehen. Im ganzen werden die erwähnten polnischen Unterrichtsbetriebe gegenwärtig von über 2100 Kindern besucht.

Neuordnung im Danziger Pressewesen

Der Verband der Danziger Presse, der nach Errichtung der Freien Stadt Danzig vor 15 Jahren, Anfang Januar 1921, ins Leben trat, hat sich jetzt als die Standesvertretung der hauptberuflichen Journalisten deutscher Nationalität unter kameradschaftlicher Beteiligung der in Danzig tätigen reichsdeutschen Pressevertreter mit der Annahme neuer Satzungen und dem Beschlusse gerichtlicher Registereintragung auf eine neue Grundlage gestellt. Er ist einmütig unter die Führung des Hauptschriftleiters Wilhelm Zarske vom gauamtlich maßgebenden nationalsozialistischen „Danziger Vorposten" getreten und hat zu stellvertretenden Verbandsführern die Schriftleiter Friedrich von Wilpert („Danziger Neueste Nachrichten") und Rolf Wingendorf („Danziger Korrespondenzbüro"). In den Führerbeirat wurden die Schriftleiter Arthur Lenz („Deutsche Allgemeine Zeitung"), Joachim Nehring (Deutsches Nachrichten-Büro) und Hanns Strohmenger („Der Danziger Vorposten") berufen. Der Verband der Danziger Presse gilt dem Senat der Freien Stadt Danzig gegenüber als die maßgebende berufliche Standesvertretung der deutschen Journalisten in Danzig.

Werbt für „Ostland",

die Halbmonatsschrift für Ostpolitik!

Einschränkung der Einfuhr aus Polen

Im Warenverkehr zwischen Deutschland und Polen ist eine Stockung eingetreten. Die Hoffnungen, die man auf beiden Seiten an den Abschluß des am 20. November v. Js. in Kraft gesetzten Wirtschaftsvertrages gesetzt hatte, haben sich vorerst nicht erfüllt. Die Schwierigkeiten rühren, wie auch schon beim Kompensationsabkommen vom Oktober 1934, in der Hauptsache daher, daß sich die polnische Wirtschaft als zu schwach erweist, die vorgesehenen Kontingente an deutschen Waren aufzunehmen, bzw. daher, daß der polnische Importhandel nicht geldkräftig genug ist, um die notwendigerweise unbequemen Bedingungen des Verrechnungsverkehrs zu ertragen. Das geht aus folgenden Angaben hervor: Vom 20. November bis zum 31. Dezember v. Js. betrug die polnische Einfuhr aus Deutschland den Gegenwert von 4,95 Mill. Danziger Gulden, die deutsche Einfuhr aus Polen dagegen den Gegenwert von 12,91 Mill. Danziger Gulden. Polen (einschließlich Danzig) hat in diesem Zeitraum also nur 38 v. H. des Warenwertes aus Deutschland bezogen, den es hätte beziehen müssen, um den im Wirtschaftsvertrag festgelegten Grundsatz 1 : 1 einzuhalten. Da für Deutschland die Gewährung von Krediten an die polnischen Importeure nicht in Frage kam, blieb nur die Einschränkung des deutschen Warenbezuges aus Polen übrig, um zu einem Ausgleich der Bilanz zu kommen.

Da sich dieses Mißverhältnis von Ein- und Ausfuhr auch im Monat Januar nicht besserte, fanden vom 16. bis 22. Januar in Warschau Verhandlungen der im Wirtschaftsvertrag vorgesehenen beiderseitigen Regierungsausschüsse statt. Als Ergebnis der Besprechungen wurde folgendes bekanntgegeben: Mit Rücksicht darauf, daß die Ausfuhr einiger landwirtschaftlicher Waren aus Polen aus Saisongründen sehr bedeutend war, die deutsche Einfuhr nach Polen und der Freien Stadt Danzig dagegen die ursprünglich festgesetzte Höhe nicht erreicht hat, haben die Regierungsausschüsse beschlossen, den polnischen Ausfuhrplan für den Monat Februar bedeutend herabzusetzen. Eine ungenügende Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Polen muß unbedingt zu einer Drosselung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland führen. Die besonders starke Beschränkung der polnischen Ausfuhr im Monat Februar hat zum Ziel, eine glatte Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Rahmen des Verrechnungsabkommens, sowie die unverzügliche Auszahlung der Forderungen an die Ausführenden sicherzustellen und insbesondere unter allen Umständen zu verhindern, daß irgendwelche Forderungen aus polnischer Ausfuhr in Deutschland einfrieren. Um für die Zukunft eine weitere starke Einschränkung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland zu vermeiden und der reibungslosen Abwicklung des Warenverkehrs die Wege zu bereiten, haben sich die beiden Regierungsausschüsse über Maßnahmen verständigt, die zu einer Steigerung der deutschen Ausfuhr nach Polen und damit zwangsweise zu einer Steigerung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland führen werden.

Polnische Uebersetzungen deutscher Bücher

Unter der Ueberschrift „Deutsche Dichtung im Zerrspiegel“ erschien in „Zwischen Norden und Osten“, der ausgezeichneten Beilage des „Danziger Vorposten“ für Literatur, Kunst und Wissenschaft nachstehender Beitrag von Arthur Reiß.

Staaten verkehren miteinander durch die Mittel der Politik, die Fragen der Macht und der Wirtschaft regelt und entscheidet. Kultur und Kunst aber sind die Gebiete, auf denen die Völker sich begegnen. Durch den Austausch ihrer geistigen Güter lernen sie sich kennen und verstehen. Doch die Gründlichkeit des Kennenlernens und das Maß und die Richtigkeit des Verstehens hängen von der Deutlichkeit und Ehrlichkeit des Bildes ab, das ein Volk von dem andern erhält, und das Bild wird nur dann ehrlich sein, wenn es die wesentlichsten Charakterzüge und das wirkliche Leben eines Volkes widerspiegelt. Kaum zu verfälschen ist das Bild da, wo es sich um einen Austausch von geistigen Gütern handelt, der keines Vermittlers oder Auswählers bedarf, von Gütern also, die aus den Bezirken der Musik, der Malerei, der Plastik, der Architektur stammen. Hier sind jedes Menschen eigenes Auge und Ohr Vermittler, Wähler und Richter zugleich. Anders liegen die Dinge aber da, wo die fremde Sprache Schwierigkeiten bereitet: in die Bezirke fremder Literaturen und Dichtungen wird man meist nur mit Hilfe von Uebersetzungen eindringen können. Hier zeichnen die Uebersetzer dafür verantwortlich, daß ein deutliches und ehrliches Charakter- und Wesensbild des andern Volkes vermittelt wird. Und die Verantwortung, die sie tragen, wiegt um so schwerer, als der Kreis der Lesenden immer größer ist als der der Malerei- und Musikfachverständigen. Man wird Kultur und Art eines fremden Volkes meist nach dessen Literatur und Dichtung beurteilen.

Wie sieht nun das Bild aus, das die polnischen Uebersetzer deutscher Bücher ihrem Volke von Wesen und Art des deutschen Volkes vermittelt haben? Welche deutschen Bücher haben sie für charakteristisch, für wichtig, einer Uebersetzung für wert gehalten? Wir wollen bei dieser Betrachtung die Jahre 1933 und 1934 berücksichtigen.

Im Jahre 1933 sind 38 deutsche Bücher in die polnische Sprache übersetzt worden, und zwar wurden in einer Zeit, in der der politische und kulturelle Umbruch im deutschen Volke bereits vollendet wurde, in der die ganze Welt auf Deutschland sah und das Interesse an deutschen Büchern besonders groß war, folgende deutsche Bücher durch Uebersetzung dem polnischen Volk zugänglich gemacht: drei Bücher von Vicki Baum, sechs Bücher von Courths-Mahler, Lion Feuchtwangers „Der jüdische Krieg“, zwei Bücher von Gerstäcker, Ernst Glaesers „Frieden“, Claire Golls „Ein Mensch ertrinkt“, „Die Heilige und ihr Narr“ von Agnes Guenther (3. polnische Auflage), H. H. Hinzelmanns „Der Freund und die Frau des Kriegsblinden Hinkeldey“, ein Buch von T. Herzl, drei Erzählungen von E. T. A. Hoffmann, Kaestners „Fabian“, „Gigli — eine von uns“ von der Irmgard Keun, „Drei Tage Liebe“ von Lederer, zwei Bücher von E. Lothar „Der Kampf um das Herz“ und „Kleine Freundin“, ein Buch von Alfred Neumann, ein Buch von T. Plivier „Der Kaiser ging, die Generale blieben“, Schillers „Don Carlos“, drei Bücher von Bruno Traven, darunter „Die weiße Rose“ und „Das Totenschiff“, eine deutsche Uebersetzung aus dem Englischen über Trebitsch Lincoln, Jacob Wassermanns „Bula Matari — das Leben Stanleys“, Franz Werfels „Die Geschwister von Neapel“, Otto Zarefs „Begierde“, Arnold Zweigs „Pont und Anna“ und schließlich drei Bücher von Stefan Zweig, eine Studie über Freud, „Amok“ und „Marie-Antoinette“.

Man liest dieses Verzeichnis mit Schaudern. Sechsmal Courths-Mahler von „Frau Juttas Befreiung“ bis zu „Schwester Marlens Geheimnis“. Dreimal Vicki Baum, Feuchtwanger, Glaeser, Hinzelmann, Traven, Zweig, um nur einige Namen zu wiederholen, als „Repräsentanten deutscher Dichtung“.

Was man nun für das Jahr 1933 geltend machen kann, um sich das Zustandekommen gerade dieser Kollektion von Uebersetzungen zu erklären: daß Uebersetzungen Zeit brauchen, daß die Ereignisse des Januar 1933 die Welt überrascht haben usw., alles das entfällt für das Jahr 1934. Hier könnte man nun mit allem Recht ein anderes Bild der deutschen Literatur erwarten. Aber das Verzeichnis der in diesem Jahre ins Polnische übersetzten deutschen Bücher ist noch fürchterlicher als das oben mitgeteilte des Jahres 1933. Die Zahl der übersetzten Bücher ist von 38 auf 49 gestiegen. Aber unter ihnen befinden sich allein zehn Bücher von der Courths-Mahler! Dann zwei

Bücher von der Vicki Baum, zwei von Bruno Traven, zwei von Arno Alexander, eins von Frank Arnau, „Die Teufelsmusik" von Berg Berger, „Robert oder Ronald" von Friede Birkner, ein Buch von einer Liesbeth Buerger. Auch „Doris, das kunstseidene Mädchen" von der Irmgard Keun ins Polnische zu übersetzen, lag ein dringendes Bedürfnis vor. Das Buch „Die Heilige und ihr Narr" von Agnes Guenther erlebte seine fünfte polnische Auflage. Dann finden wir den Richard Katz mit einem Buch, einen Kurt Klaber („Passagiere dritter Klasse"), einen Joe Lederer („Musik der Nacht"), eine Maria Leitner („Eine Frau demaskiert die Welt"), zwei Bücher von Ernst Lothar, ein Buch von Robert Neumann („Die Macht"), einen Ernst Erich Noth, einen Josef Roth mit zwei Büchern, einen Josef Spillmann, einen Friedrich Torberg („Ist das Liebe?").

Dann sind vertreten: Hans Fallada („Kleiner Mann — was nun"), Erwin Egon Kisch („China geheim" und „Das Gesicht Sowjetasiens"), Emil Ludwig („Gespräche mit Mussolini"), Thomas Mann (der erste Band seiner Trilogie „Joseph und seine Brüder"), Franz Werfel („Barbara") und Jakob Wassermann („Joseph Kerkhovens dritte Existenz"). Zu diesen Blüten „deutschen" Geisteslebens gesellt sich noch Lion Feuchtwanger mit den Büchern „Erfolg" und „Die Geschwister Oppenheim". Das letzte Buch ist in Amsterdam erschienen und behandelt die Geschichte einer jüdischen Familie von der Zeit der Kanzlerschaft Schleichers bis einige Monate nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus: eine Greuelschwarte gewöhnlichsten Kalibers. Dann kommt noch der Heinz Liepmann mit dem Buch „Tod made in Germany", das den im Hitler-Deutschland „ermordeten" Juden gewidmet ist, hier also nicht mehr charakterisiert zu werden braucht.

Unter den Uebersetzungen finden sich ferner ein Buch von R. Brunngraber über „Karl und das 20. Jahrhundert" und ein Buch über die Verhältnisse im Saargebiet vor der Abstimmung von Gustav Regler. Zum Schluß ist man sehr erstaunt, in der Liste der übersetzten Bücher auch Goethes „Reineke Fuchs" und Mirko Jelusichs „Julius Cäsar" zu finden.

Der Pole (?) Leo Piwinski hat in dem „Literarischen Jahrbuch" einige der übersetzten Bücher charakterisiert. Thomas Mann und Franz Werfel werden von ihm sehr gelobt. Den Inhalt des Buches von Feuchtwanger „Die Geschwister Oppenheim" zitiert er so ausführlich, daß den Lesern des Jahrbuches das Schicksal der jüdischen Geschwister genau mitgeteilt wird: der eine Jude verübt Selbstmord, der zweite muß seinen Beruf aufgeben, und der dritte stirbt nach der Haft im Konzentrationslager. Dann meint Herr Piwinski, daß dieses Thema zur literarischen Behandlung offensichtlich noch nicht reif sei. Ueber das Buch „Tod made in Germany" sagt er, daß der Heinz Liepmann die Grausamkeiten des Konzentrationslagers „mit ungewöhnlicher Kraft" geschildert hat. Aus dem Vorwort dieses Buches zitiert er die Stelle, in der Liepmann beteuert, daß das Buch nur wahre Begebenheiten enthalte . . .

Das deutsche Volk und die für sein kulturelles Leben maßgebenden und verantwortlichen Männer haben ihr Urteil über die meisten Autoren, deren Namen und Produkte in dem Verzeichnis der übersetzten Bücher stehen, gesprochen. Einige dieser Schriftsteller befinden sich außerhalb der Reichsgrenzen in der Emigration. Es erübrigt sich, heute noch von ihnen und ihren Büchern zu sprechen.

Man wird aber feststellen müssen, daß das Bild, das dem polnischen Volke durch die Uebersetzung der oben genannten, in deutscher Sprache geschriebenen Bücher von Wesen, Kultur und Literatur des deutschen Volkes vermittelt worden ist, falsch und verzerrt ist. So sieht das deutsche Volk nicht aus. Die Repräsentanten seines Geisteslebens und seiner Dichtung sind nicht die Mann, Feuchtwanger, Traven, Courths-Mahler und Hinzelmann. Seine Repräsentanten sind vielmehr Männer wie Kolbenheyer, Schäfer, Grimm, Blunck, Scholz, die Brüder Jünger und andere, um nur einige Namen heute lebender und wirkender Dichter herauszugreifen, die wir vergeblich in dem Verzeichnis der übersetzten Autoren gesucht haben.

Wäre es nicht möglich, daß sich einmal amtliche deutsche Stellen mit der Frage der Uebersetzungen deutscher Bücher in fremde Sprachen befassen? Es handelt sich hier darum, dem Auslande ein richtiges und wahrheitsgetreues Bild vom deutschen Volke und seiner Dichtung zu geben. Diese Aufgabe wird gewiß nicht leicht zu lösen sein. Sie sollte aber dennoch immer wieder versucht werden.

Bücher über den Osten

Polen im politischen System Europas. Von Wladyslaw Studnicki. Herausgegeben und übersetzt von Johannes Maaß. Verlag von E. S. Mittler und Sohn, Berlin, 1936. 223 Seiten. Preis 4,80 RM. — Das Buch von Studnicki erregte, als es Anfang 1935 in polnischer Sprache erschien, nicht nur in Polen selbst, sondern auch im Ausland erhebliches Aufsehen. Die polnische Presse aller Schattierungen lehnte die von Studnicki hier entwickelten Ideen über die Grundlagen und Ziele der polnischen Außenpolitik mit Entschiedenheit ab. Die Oppositionspresse beschimpfte ihn als einen Soldknecht der deutschen Propaganda; und die der Regierung nahestehenden Kreise zogen einen deutlichen Trennungsstrich zwischen sich und dem „Außenseiter" und „Eigenbrötler" Studnicki. Als der erste Sturm vorbei war, wurde es wieder still um das Buch. Man vermied es in Polen, noch viel darüber zu sprechen, aber man hat es inzwischen wahrscheinlich um so aufmerksamer gelesen. Zweifellos ist das Buch es wert, daß man sich mit ihm beschäftigt. Man darf dabei nur nicht vergessen, daß Studnicki eben für niemanden spricht, als für sich selbst, daß er es nicht ist, der die öffentliche Meinung in Polen beeinflußt. Vor allem ein deutscher Leser darf das nicht vergessen. Im „Ostland" wurde bereits einige Zeit nach Erscheinen der polnischen Ausgabe ausführlich zu dem Buch Stellung genommen. (Nr. 6/1935, Seite 62/63.) Hier sei nur noch einmal das Programm der polnischen Außenpolitik, das Studnicki entwickelt, in Stichworten skizziert: Abrücken von Frankreich, Zusammenarbeit mit Deutschland im Rahmen eines mitteleuropäischen Blocks; Zusammenschluß Oesterreichs und Deutschlands, allmähliche Aufteilung der Tschechoslowakei durch Angliederung der sudetendeutschen Gebiete ans Reich, der Slowakei an Ungarn und des Teschener Gebietes an Polen, Wiederherstellung der historischen polnisch-ungarischen Grenze, ungarisch-rumänisches Kondominium in Siebenbürgen, Lostrennung der ukrainischen Gebiete von Sowjetrußland, Selbständigkeit der Krim und Kaukasiens, Vorrücken der japanischen Grenze bis zum Baikalsee, usw. Es ist interessant, die Beweisführung Studnickis zu diesen einzelnen Forderungen zu verfolgen. Sie verrät in vielen Punkten den an Wissen reichen Gelehrten, den von den herrschenden Meinungen unbeschwerten Publizisten und den optimistischen Imperialisten, dessen bekenntnisfrohe Offenheit auf die Berufspolitiker beängstigend wirkt. Es ist ein Programmbuch, wie es seit demjenigen Dmowskis in Polen wohl keines mehr gegeben hat.

Dr. K.

Neue Ranke-Ausgaben. In mustergültiger Weise hat der Phaidon-Verlag in Wien zwei der Hauptwerke des großen deutschen Historikers neu herausgebracht, ungekürzt und mit zahlreichen hervorragenden Bildtafeln ausgestattet: „Die römischen Päpste in den letzten vier Jahrhunderten" und „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation". Als Forscher und Geschichtsschreiber gleich anerkannt, hat Leopold von Ranke in diesen, der Allgemeinheit jetzt zu billigem Preise zugänglichen klassischen Büchern das Bild einer für die Welt- wie die deutsche Geschichte bedeutungsvollen Epoche geschildert. Wir begegnen hier den Mächten, die von außen her in das Leben Deutschlands oft so verhängnisvoll eingegriffen haben, die uns in das völkische und staatliche Elend des Dreißigjährigen Krieges führten, und deren Ueberwindung sich das neue Reich zur Aufgabe gemacht hat, um Volk und Reich nie wieder in solche Abgründe versinken zu lassen.

Dr. L.

Am 31. 12. 1935 verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Kaufmann

Hellmut Mehl

im 61. Lebensjahr.

In tiefer Trauer
Ella Mehl, geb. Lipinski
Berlin, Bärwaldstr. 49 (früher Bromberg, Jägerhof)